

## KOMMENTARE

## Erwachsen werden

Ben Zimmermann  
zum Parteitag der Piraten

Ja, sie haben schon bessere Zeiten erlebt, die Piraten. Wer erinnert sich nicht an ihren Einzug in den Berliner Senat – junge, schräge Typen, die den Politikbetrieb aufmischen wollten. Und jetzt: Der Einzug in die Länderparlamente ist gestoppt, der angepeilte Sprung in den Bundestag ging komplett daneben. Neue Wählerschichten zu erschließen gelingt ihnen nicht, und die bisherigen wenden sich anscheinend gelangweilt oder frustriert ab.

Doch diese Fakten beschreiben noch nicht mal das ganze Dilemma. Wer das Treffen am Wochenende verfolgt hat, vermisst die einstige Aufbruchstimmung: Statt rund 2000, wie beim Parteitag 2012, kamen nur gut 1000 Mitglieder nach Bremen. Bernd Schlömer, der anderthalb Jahre lang den kräftezehrenden Job an der Spitze gemacht hatte und zum Schluss erleichtert „wieder frei“ twitterte, bekam zum Abschied noch nicht einmal Blumen.

Dafür geizten die Piraten nicht mit harscher Kritik, oft hart an der Grenze zur Beschimpfung. Der rüde Ton aus dem Netz schwappte gewissermaßen ins reale Leben. Viele der Fragen der Mitglieder an die Kandidaten für die Spitzenposten gli-

chen eher Vorwürfen. Einem Bewerber wurde nach ziemlich kruden Vorhaltungen sogar das Mikro abgedreht.

Mit ihrem Hang zur Selbsterfleischung gleichen die Piraten den frühen Grünen. Doch anders als jene finden sie nicht die zündenden Themen, mit denen sie mehr als ihre Kernklientel ansprechen. Wer sich am liebsten zwei Tage lang mit Geschäftsordnungen und Satzungsänderungen beschäftigt, kommt beim Wähler nicht an. Und, nicht zuletzt: Die Partei braucht Kontinuität und Führungsleute, die sich einen gewissen Bekanntheitsgrad erarbeiten können und nicht nach spätestens anderthalb Jahren wieder verschwinden. Dass der neue Vorsitzende Thorsten Wirth künftig auf echte Führung und nicht lediglich auf Moderation setzen will, lässt sich dabei als hoffnungsvolles Zeichen werten.

Die Piraten haben – gerade in Anbetracht des eingefahrenen und oft ermüdenden Politikbetriebes – mit ihrer Jugend und unkonventionellen Art viele Menschen begeistert. Und sie haben ein Politikfeld entdeckt, das bis dato brach lag. Nun kommt es darauf an, erwachsen zu werden – nicht zu verwechseln mit angepasst. Das wird schwer genug. Und die Partei hat nicht ewig Zeit. Im Mai steht die Europawahl an. Ein erster Test, ob der am Wochenende eingeschlagene Weg der richtige ist. [ben.zimmermann@weser-kurier.de](mailto:ben.zimmermann@weser-kurier.de)

## Sanieren statt zerstören

Martin Wein  
zum Umgang mit Kulturdenkmälern

Mit ihrem Auftrag zur Verfüllung des 700 Jahre alten Bergwerks unter dem Osnabrücker Gertrudenberg schießt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) übers Ziel hinaus. Der Verdacht liegt nahe, dass hier statt akuter Gefahrenabwehr eine für die Behörde lästige Angelegenheit kostengünstig im wahren Sinne zubetoniert werden soll.

Ein zügiges Vorgehen unter sparsamem Einsatz öffentlicher Gelder ist gemeinhin nichts, was man einer Behörde vorwerfen würde. Natürlich ist es auch im allgemeinen Interesse und hoheitliche Aufgabe der Bima, dass am und auf dem Gertrudenberg niemand zu Schaden kommt. Dass die Behörde allerdings einfach aufgrund der nicht öffentlich dargelegten Einzelmeinung eines Gutachters die Zerstörung eines 700 Jahre alten, eingetragenen Natur- und Kulturdenkmals verfügt, widerspricht diametral dem gesetzlichen Schutzauftrag des Staates.

Off müssen private Eigentümer ihre als Denkmal geschützten Immobilien mit hohem finanziellem Aufwand sachgerecht sanieren. Die Auflagen der Behörden gehen

dabei bisweilen bis ins kleinste Detail und erschweren eine wirtschaftliche Nutzung. Ähnlich hoch muss die Messlatte auch bei den Gertrudenberger Höhlen angelegt werden, die in der Region ihresgleichen suchen. Die billigste Lösung darf bei deren Sicherung nicht die einzige Prämisse sein. Eine Zerstörung kommt nur im Extremfall nach ausgiebiger Prüfung in Frage.

Das hoheitliche Auftreten der Behörde macht insgesamt keinen guten Eindruck. Es ist unverständlich, warum die Bima nicht vor der Beauftragung des Staatlichen Baumanagements mit der Verfüllung nach Alternativkonzepten zur Sanierung hat forschen lassen. Es ist ebenso unverständlich, weshalb das fragliche Gutachten, das die Verfüllung empfiehlt, unter Verschluss bleibt oder weshalb die Zustimmung aller Eigentümer zur Verfüllung behauptet wird, während zumindest die Stadt diese so ausdrücklich leugnet.

Um die Wogen zu glätten, müssen jetzt alle Fakten auf den Tisch. Die Bedeutung der Immobilie ist den Bima-Mitarbeitern im fernen Erfurt wohlmöglich gar nicht bewusst, oder aber sie ist ihnen herzlich egal. Es ist Aufgabe der Anstaltsleitung in Bonn, hier klare Regeln vorzugeben und den Protest engagierter Bürger nicht pauschal als lästiges Querulantenstück abzutun.

[norddeutschland@weser-kurier.de](mailto:norddeutschland@weser-kurier.de)

## Der Osten des Westens

Norbert Mappes-Niediek  
zum Referendum im Kroatien

Überwältigend ist in Kroatien das Votum für ein dauerhaftes Verbot der Homo-Ehe nicht ausgefallen. Gelten aber wird es trotzdem, denn es gab bei der Abstimmung kein Quorum, und ernst nehmen muss man es in jedem Fall. Was sich da tut, ist für das Ost-West-Verhältnis in ganz Europa von Bedeutung.

Überall in der Osthälfte des Kontinents ist Homosexualität derzeit ein Reizthema. Das war nicht immer so: zu kommunistischer Zeit waren die Gesetze oft liberaler als im Westen, und auch in der Bevölkerung herrschte wahrscheinlich mehr Toleranz als im spießbürgerlichen Westeuropa der Nachkriegszeit. Geändert hat sich die Haltung nach der Wende. Bei den vielen rapiden und tief greifenden Umwälzungen wuchs der Wunsch nach einem sicheren, festen, unwandelbaren Kern. Für die meisten war das – schon aus ganz materiellen Gründen – die Familie. Alles, alles musste

man mitmachen, gegen nichts durfte man sich auflehnen. Aber dass sich Männer auf der Straße küssen dürfen, das war zu viel.

Kroatien war bisher der Westen des Ostens. Nirgends hielt man sich so viel auf seine westliche Kultur zugute wie hier. Seit das Land am 1. Juli der EU beigetreten ist, ist es der Osten des Westens. Wie es aussieht, ist man hier entschlossen, diese Rolle genauso selbstbewusst zu spielen. Die Gegner des Referendums, zu denen neben der Regierung in Zagreb alle liberalen Intellektuellen zählen, wurden nicht müde darauf hinzuweisen, dass sich Kroatien mit einem Ja zum Verbot in eine Reihe mit Ländern wie Weißrussland, Ungarn und Serbien stellen würde. Die Befürworter nahmen den Ball auf und freuten sich über die Zustimmung der „serbischen Brüder“. Vor einem Jahr wäre ein solcher Frontverlauf undenkbar gewesen. Kroatiens Regierungschef Milanovic hat gestern angekündigt, nach dem Verbot der Ehe jetzt wenigstens ein Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft einzubringen. Auf den Ausgang des Kampfes darf man gespannt sein. [politik@weser-kurier.de](mailto:politik@weser-kurier.de)

## ZDF-Intendant gegen Einflussnahme

Berlin (wk). Nach der Aufregung über das Wortgefecht zwischen SPD-Chef Sigmar Gabriel und „heute-journal“-Moderatorin Marietta Slomka hat sich ZDF-Intendant Thomas Bellut gegen Einflussversuche aus der Politik verwahrt. „Wir sind in unserer journalistischen Arbeit unabhängig, egal wer in Berlin regiert“, sagte Bellut der „Bild am Sonntag“. Gleichzeitig nahm er die Moderatorin gegen die Kritik von CSU-Chef Horst Seehofer in Schutz. Slomka hatte in dem Interview verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Mitgliederentscheid der SPD über den Koalitionsvertrag geäußert. Gabriel wies diese Einwände empört zurück und warf der Moderatorin Parteilichkeit vor.

## Mehr Kontrolle über Geheimdienste

Berlin (wk). Die parlamentarische Kontrolle der deutschen Geheimdienste soll nach Informationen des „Spiegel“ verbessert werden. Das zuständige Parlamentarische Kontrollgremium solle dafür ein eigenes Referat im Bundestag bekommen, meldet das Magazin unter Berufung auf eine fraktionsübergreifende Einigung. Das mindestens fünfköpfige Team von Fachleuten solle die Möglichkeit erhalten, eigenständig bei Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischem Abschirmdienst zu ermitteln, meldete der „Spiegel“. Der Vorsitzende des Gremiums, Thomas Oppermann (SPD), habe zudem vorgeschlagen, künftig in Einzelfällen öffentlich zu tagen.

## Neues EU-Grenzsystem Eurosur startet



Das Überwachungssystem Eurosur soll die Kommunikation zwischen den Grenzschützern verbessern.

FOTO: DPA

Brüssel (wk). Das europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur kommt ab heute zum Einsatz. Über das Kommunikationssystem teilen die EU-Länder Informationen untereinander und mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Konkret geht es um

verdächtige Bewegungen an den Außen Grenzen. Polizei und Küstenwache sollen in allen EU-Ländern beinahe in Echtzeit erkennen, wo gerade etwas passiert. Eurosur (European Border Surveillance System) soll Absprachen erleichtern und den Behör-

den helfen, schneller einzugreifen. Schon vor der Einführung hagelte es Kritik. Die Linkspartei im EU-Parlament sieht in dem System ein „Investitionsprogramm für die Rüstungsindustrie“. Die Grünen sprechen von einem „Ausbau der Festung Europa“.

## „Sitzen auf einem Feuerwerk“

Neuer Piraten-Chef Thorsten Wirth über den Weg seiner Partei aus der Krise

Mit relativ breiter Mehrheit haben die Piraten am Wochenende auf ihrem Parteitag in Bremen Thorsten Wirth zum neuen Vorsitzenden gewählt. Über seine politischen Ziele, seinen neuen Führungsstil und das rauhe Klima in der Partei sprach er mit Ben Zimmermann.

**Herr Wirth, Sie haben jetzt einen der unattraktivsten Jobs in diesem Land: Sie müssen sehr viel arbeiten, werden von Parteifreunden gemobbt, und es gibt noch nicht einmal Geld dafür. Warum tun Sie sich das freiwillig an?**

**Thorsten Wirth:** Weil ich an die Idee und unseren Laden hier glaube. Ich habe viel an dieser Partei mitgebaut, es ist irgendwie mein Baby. Wie viele andere auch denke ich: Wir dürfen das hier nicht einfach so zu Ende gehen lassen.

einer Position dringend, seinen Job nicht für die Partei zu vernachlässigen. Dann ist man nämlich nach einem Jahr wirklich am Ende.

**Sie sprachen selbst von einer „politischen Kultur, die alles kaputt-hatet“, also kaputt-hast. Wie wollen Sie diese innerparteilichen Kämpfe beenden?**

Indem wir deutlicher gegen Leute auftreten, die solch eine politische Kultur pflegen. Ich will, dass die Leute nicht mehr weggucken, wenn jemand so was macht, sondern ihm sagen, dass das nicht okay ist. Wobei man natürlich festhalten muss, dass das immer einzelne Leute und nicht die große Mehrheit betrifft.

**Ihr neues Amt verstehen Sie nach eigener Aussage als politisch und nicht als Verwaltungsjob. Heißt das, dass der neue Vorsitzende wirklich führen will?**

Ja, genau das heißt es. Und die Legitimation dafür habe ich mir hier abgeholt.

**Das wäre für Ihre stark basisdemokratisch geprägte Partei ein Novum.**



Will die Piraten führen: Der neue Vorsitzende Thorsten Wirth aus Frankfurt. FOTO: DPA

**Der Parteitag hat die Bezahlung der Vorstände im Grundsatz abgelehnt. Verhindert das nicht die notwendige Professionalisierung der Partei?**

Das Problem ist, dass wir nicht die Wahlkampfkostenzuschüsse bekommen wie damals die Grünen, als sie noch klein waren. Das heutige Finanzierungssystem macht es kleinen Parteien unheimlich schwer, groß zu werden. Ich könnte es nicht rechtfertigen, mir ein Gehalt zu genehmigen, und all die anderen Leute, die auch sehr viel arbeiten, bekommen nichts.

**Die Arbeitsbedingungen sorgen für einen hohen Verschleiß beim Führungspersonal. Ist diese fehlende Kontinuität nicht ein Problem für die Piraten?**

Ja, das stimmt. Natürlich wäre es leichter, wenn wir den Vorstand finanziell unterstützen könnten. Doch die Probleme, die dahinterstehen, sind sehr komplex und lassen sich nicht in zwei Sätzen schildern.

**Heißt das, dass sich Ihre Partei damit noch lange beschäftigen muss?**

Wir haben es ja bisher auch ohne finanzielle Unterstützung unserer Führungsleute geschafft. Ich rate jedestens in solch

Ja, und das sehe ich auch als notwendig an. In der Situation, in der wir gerade sind, kann es nicht so weitergehen wie bisher.

**Wo wir beim Stichwort führen sind: Wie wollen Sie die Piraten aus dem derzeitigen Tief führen?**

Zunächst einmal müssen wir mit dieser Selbstbetrauung aufhören. Wir müssen endlich ein positives Gefühl auch an die Basis vermitteln, dass es wieder vorwärts geht. Wir brauchen neue Ideen und politische Impulse. Ich glaube, dass wir auf einem Feuerwerk sitzen, das wir zünden können. Wir sind APO, wir haben eine große Koalition vor uns – die nächsten vier Jahre werden extrem spannend.

**Können Sie ein paar dieser neuen Ideen nennen?**

Ein wichtiges Thema für uns wäre zum Beispiel die Frage: Wer hat eigentlich die Macht in diesem Staat? Wie sehr haben die Parteien sie an sich gerissen? Welchen Einfluss üben sie auf den öffentlichen Rundfunk aus? Über unseren Parlamentarismus, über unsere Art, Demokratie zu leben – darüber sollten wir uns Gedanken machen.

**Wirtschaft, Euro-Krise, Außenpolitik – was ist mit den klassischen Themen?**

Ich muss schauen, dass ich unsere Ressortsprecher gut in die Arbeit einbinde. Ich selbst kann nach außen nur die Themen vertreten, in denen ich mich gut auskenne. Sonst mache ich das, was die anderen Parteien machen: Politikergeschwurbel.

**Zur Person:** Thorsten Wirth (45) ist seit 2006 Mitglied der Piratenpartei. Von 2009 bis 2010 gehörte er bereits dem Bundesvorstand an. Der Software-Entwickler arbeitet als Referent der Piraten-Fraktion im Frankfurter Rathaus.



Scannen Sie das Bild links, und sehen Sie sich ein Video zu dem Thema an. Anleitung siehe Seite 1.

## SPD wird „noch weiblicher“

Parteichef Gabriel: Hälfte der Ministerposten geht an Frauen

Berlin (wk). Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat den Frauen seiner Partei versprochen, dass sie die Hälfte der künftigen SPD-Kabinettsmitglieder stellen werden. Eine entsprechende Frage beantwortete Gabriel in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ mit einem klaren „Ja“. Die SPD müsse „noch weiblicher“ werden, fügte der Parteichef hinzu. Allerdings sieht Gabriel die SPD bei der Gleichberechtigung auf einem guten Weg. Erstmals in der Geschichte der Partei habe es jetzt in der engeren Parteiführung mehr Frauen als Männer gegeben, sagte er.

Nach dem früheren SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück sprach sich unterdes-

sen auch der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises der Sozialdemokraten, Johannes Kahrs, für Gabriel als Bundesfinanzminister aus. „Sigmar Gabriel hat sehr erfolgreich verhandelt, führt die SPD geschlossen und mit klarer Kante“, sagte Kahrs „Handelsblatt Online“. Die SPD unterstütze seinen Kurs. „Als Parteivorsitzender hat er das erste Zugriffsrecht“, betonte Kahrs.

Zuvor hatte Steinbrück erklärt, ein Parteichef sollte in einem Kabinett spürbar Einfluss nehmen und deshalb ein wichtiges Ministerium als Vizekanzler übernehmen. Er hob dabei die Wichtigkeit des Finanzressorts hervor.

## Deutschen drohen Netto-Verluste

München (wk). Die große Koalition wird für die meisten Menschen in Deutschland nach Berechnung von Experten teuer: Steigende Sozialbeiträge und die Wirkung der kalten Progression führten bis zum Jahr 2017 zu Abzügen beim Nettoeinkommen von mehreren Hundert Euro pro Jahr, ergaben die gestern vom „Focus“ veröffentlichten Berechnungen des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSI). Demnach sind vor allem Einkommen zwischen 20000 und 90000 Euro pro Jahr betroffen. Wie das zum Bund der Steuerzahler zählende Institut berechnete, liegt die Mehrbelastung bei einem Jahres-Bruttoverdienst von 60000 Euro bei mehr als 500 Euro netto.